

Atomwirtschaft

Strahlenkommission des Bundesumweltministers will privat gesponsert werden

Auf dem Programm der Sitzung des Ausschusses „Anlagensicherheit“ der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundesumweltministers in Bonn stand am 27. November 2002 die Beratung zur radioaktiven Kontamination der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen. Die Wissenschaftler der Arbeitsgruppe von Prof. Arthur Scharmann (ARGE PhAM, Giessen/ Weinheim) hatten in mehreren Gutachten im Auftrag der Ärzteorganisation gegen den Atomkrieg IPPNW eine Belastung der Umgebung mit plutoniumhaltigem PAC-Kernbrennstoff (Mikrokügelchen) nachgewiesen. Strahlentelex hatte ausführlich berichtet und die IPPNW hat den wissenschaftlichen Sachstand in einer laienverständlichen Dokumentation zusammengefaßt, die in der IPPNW-Geschäftsstelle angefordert werden kann („Die Belastung der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen durch Spaltprodukte und Kernbrennstoffe“, Marschacht, 14.10.02, 70 Seiten, IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin).

Schon zum dritten Mal berät nun der Ausschuß der Strahlenschutzkommission (Vorsitz-

zende Prof. Günther Dietze, Christian Küppers) zu diesem Thema. Jeweils zu kurzfristig vor den entsprechenden Terminen wurde bei den Wissenschaftlern der ARGE PhAM zwecks Beteiligung angefragt. Die Wissenschaftler und IPPNW hatten bereits im Vorfeld der letzten Beratung im Mai 2002 darauf verwiesen, daß auch von Seiten der Atomaufsicht amtliche Informationen zu Ursachen und Hintergründen der radioaktiven Kontamination für die Diskussion zur Verfügung gestellt werden müßten. Insbesondere war um die Beantwortung der Frage gebeten worden, welche Experimente im Raum Geesthacht in den achtziger Jahren im Kontext der Fusionsforschung betrieben wurden und wo und wann bei den Geesthachter Atomanlagen der hierzu erforderliche Hybridreaktor beziehungsweise ein vergleichbares Gerät betrieben wurde. Diese Fragen wurden nicht beantwortet. Auch eine Kostenübernahme für die Teilnahme der Wissenschaftler an der Sitzung der Strahlenschutzkommission wurde abgelehnt.

Stattdessen erreichte die IPPNW, wie diese jetzt mit-

teilte, zwei Tage vor der Sitzung die Anfrage der SSK, ob nicht IPPNW die Finanzierung des Auftretens der Fachleute vor der SSK übernehmen könne. Von den Vertretern des amtlichen Strahlenschutzes wird es inzwischen offensichtlich als normal angesehen, daß die Aufklärungsarbeiten bei einer radioaktiven Umweltkontamination von Nicht-Regierungsorganisationen übernommen werden, kommentiert die IPPNW dieses Ansinnen. Sämtliche Meßprogramme der letzten 4 Jahre, die die Erkenntnisse zu Geesthacht voranbrachten, seien bislang durch die örtliche Bürgerinitiative und durch die IPPNW finanziert worden.

Die IPPNW gedenke nicht, Mitgliederbeiträge und Spenden nun auch noch für Zwecke einer amtlichen Kommission zu verwenden, deren Interesse an einer wirklichen Aufklärung der genannten Probleme bisher nicht erkennbar ist.

Am 14. Oktober 2002, merkt die IPPNW ergänzend an, hatte in dem Elbmarsch-Ort Marschacht – gegen den Willen des Kieler Finanz- und Energieministeriums als Aufsichtsbehörde für die Atomanlagen – eine öffentliche Sitzung der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission stattgefunden. Dort waren die gesamten inzwischen erarbeiteten Ergebnisse im Zusammenhang vor-

gestellt worden. Weder die zuständigen Landesbehörden, noch die SSK, das Bundesamt für Strahlenschutz oder das Bundesumweltministerium hatten das Angebot zur gemeinsamen Diskussion wahrgenommen. An einer weiteren, angemessen vorbereiteten Sitzung, für die auch von amtlicher Seite die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden, würden sich die IPPNW-Fachleute und Wissenschaftler der ARGE PhAM jedoch trotzdem jederzeit gern konstruktiv beteiligen, teilt die IPPNW mit.

Kommentar

Daß man bei der vom Bundesumweltminister bestellten Kommission, die die Bundesregierung in Fragen des Strahlenschutzes beraten soll (SSK), auch vom Sponsoring leben kann, scheint unter Mitgliedern dieser Kommission offenbar selbstverständlich. Daß die Ärzteorganisation für die Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW) es mit Erstaunen aufnimmt, von dieser Kommission um finanzielle Unterstützung angegangen zu werden, verwundert auch nicht. Was jedoch den unabhängigen Beobachter nachdenklich stimmt, ist die sich jetzt aufdrängende Frage, wen die SSK noch alles um Geld bittet und womöglich auch bekommt und wie es dabei mit der fachlichen Unabhängigkeit ihrer Empfehlungen und Gutachten bestellt ist. **Th.D.**

Uranbergbau in Sachsen und Thüringen

Sklerodermie und Lupus erythematoses bei Uranbergarbeitern

Epidemiologische Untersuchungen zum Risiko der Entwicklung von Autoimmunerkrankungen bei ehemaligen Uranbergarbeitern

Auf einem Workshop der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) am 25. September 2001 in Berlin erörterten

Experten mögliche ursächliche Zusammenhänge zwischen der beruflichen Belastung im Uranerzbergbau, insbesondere gegenüber

quarzhaltigen Stäuben, Strahlen- und Schwermetallexposition und dem Risiko der Entwicklung von Autoimmun- und Tumorer-

krankungen. Ein Schwerpunkt des Workshops bestand in der Präsentation des Abschlußberichts zu einem Forschungsprojekt, in dem auf der Basis langjähriger Untersuchungen im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung ehemaliger Uranbergarbeiter Nutzungsmöglichkeiten immunologischer Methoden für die Früherkennung von systemischen Autoimmunerkrankungen und Bronchial-